

# Die Frage der Organisationsform – eine endlose Debatte

... und für euch: ein kleiner Reader

September 2022

*Die Organisationsform, die wir als Kommunist\*innen wählen, kann nicht einfach nur eine funktionale Konsequenz unserer strategischen Debatte sein, sondern sollte sich immer wieder auch im Zentrum dieser befinden. Denn die Form unserer Organisation trägt nicht nur zu unserer eigenen Subjektivität bei, sondern muss auch schon die Keimform von Strukturen vorwegnehmen, die später zur politischen Selbstverwaltung einer kommunistischen Gesellschaft dienen können.*

*Dabei ist es sinnvoll, sich mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen. Welche Arten der Organisation gab und gibt es innerhalb der radikalen Linken? Wie unterscheiden sich diese? Auf welchen Vorstellungen von Klasse und Masse, Revolution und Transformation, Basis und Avantgarde, Subjekt und Kollektiv bauen diese Organisationstypen auf?*

*Zugleich zeigt ebendieser Blick auf die eigene Geschichte, dass es einen umfassenden aber knappen Überblick kaum geben kann. Für den vorliegenden Mini-Reader, wurden deshalb drei Momente / Aspekte der „Organisationsfrage“ herausgegriffen, mit denen wir uns am Debattenabend beschäftigen wollen. Sie sind jeweils für das bessere Verständnis kurz eingebettet.*

*Die drei Aspekte, auf die wir einen kurzen Blick werfen wollen, sind: die Frage der Organisation im Allgemeinen – d.h. warum organisieren wir uns? Und zum anderen zwei aktuelle kommunistische Strömungen: Erstens die sogenannte post-autonome Linke sowie zweitens die derzeit wiederaufkommenden „roten Gruppen“. Das alles sind subjektive, von mir ausgewählte Schlaglichter einer recht großen Debatte, die es daher sicher lohnt an anderer Stelle aus anderen Perspektiven weiter zu diskutieren. Hinweis: Die Erklärtexpte [in Kursiv] sind nach bestem Wissen von mir aufgeschrieben, können aber durchaus Fehler enthalten. Sagt einfach Bescheid, wenn ihr da mehr wisst!*

## 1. Warum wir uns organisieren:

*Zu Anfang ein paar Textschnipsel aus unterschiedlichen Beiträgen als Thesen zu der grundsätzlichen Frage, warum wir uns (als Kommunist:innen) organisieren:*

**Kollektivität:** Auf der Tagung wurden immer wieder die Vorteile von Organisation, also Kollektivität aufgeworfen: Gegenseitige Hilfe in prekären Lebenslagen, Fördern von Gemeinschaft gegen den Neoliberalismus, Erreichen von politischen Zielen. Verallgemeinert könnte man das folgendermaßen zusammenfassen: Das Kollektiv ist klüger und stärker als ich alleine und ermöglicht mir mehr Freiheit/Individualismus als ich alleine habe. Diese Position wird in Stellung gebracht gegen die kapitalistische Gemeinschaft, die aus Vereinheitlichung, Uniformierung und Nivellierung besteht und damit Individualismus zerstört. Diese Zerstörung von individueller Freiheit macht in einem hohen Maße abhängig von dieser Gemeinschaft, denn in der vereinheitlichten, uniformierten und nivellierten Gemeinschaft hat man zumindest Etwas; besser als gar nichts. (Aus: *Kollektivität und Individualismus. Die IL läuft Gefahr Geschichte geworden zu sein, 2022*)

**Theorie und Strategie:** Erst eine organisatorische Vereinigung würde ein politisches Subjekt, ein „Wir“ schaffen, das ernsthaft über Fragen der revolutionären Strategie diskutieren könnte, da es diese auch in die Tat umzusetzen in der Lage wäre. Dabei stünde sicherlich kein atemloser Aktivismus auf der Tagesordnung, sondern zunächst zuvorderst die Verstetigung und Fokussierung der theoretischen Arbeit als Teil eines kontinuierlichen (Selbst-)Aufklärungs- und Forschungsprozesses, der notwendig wäre, um einen Beitrag zur politisch selbständigen Organisation der Lohnarbeiter:innen zu leisten. (Aus: *Was tun in Zeiten der Schwäche? – communist.org/de/organisationsdebatte*)

**Spontaneität und Agitation**<sup>1</sup>: Zweifellos ist die Spontaneität ein unersetzbares Element im Klassenkampf. Aus kommunistischer Sicht zählt sie zu den objektiven Bedingungen, unter denen die Aktivität von Kommunist:innen überhaupt Sinn macht. Sie ist Reaktion auf Missstände, die als unerträglich oder nicht hinnehmbar wahrgenommen werden. Agitation durch radikalisierte Minderheiten spielt aber in aller Regel eine entscheidende Rolle für eine wachsende Empörung, die schließlich zu den Kämpfen führt. (Aus: Anmerkungen zur Organisations- und Strategiedebatte – [communaut.org/de/organisationsdebatte](http://communaut.org/de/organisationsdebatte))

## 2. Die Postautonome Linke:

### Wir lesen:

- Mein Weg in die Interventionistische Linke
- Weiterführend:
  - Die IL läuft Gefahr Geschichte geworden zu sein:  
[https://www.inventati.org/ali/pdf/Tagung\\_IL\\_laeuft\\_Gefahr\\_2022.pdf](https://www.inventati.org/ali/pdf/Tagung_IL_laeuft_Gefahr_2022.pdf)

### Was vorher war:

*In Italien spielte in Arbeitskämpfen 1968/1969 eine Soziale Bewegung eine große Rolle, die sich „Autonomia Operaia“ nannte, „Arbeiterautonomie“. Sie war eine militante Bewegung, deren Demonstrationen von gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei geprägt waren und die Sabotageakte in Fabriken beging. Sie grenzte sich von der Kommunistischen Partei Italiens und den Gewerkschaften ab, die über die Jahre zu staatstragenden Organen verkommen war.*

*In Anschluss an die Operaisten entwickelten sich in ganz Europa und darüberhinaus Autonome. Sie bilden eine heterogene Strömung, aus Menschen, Bezugsgruppen und informellen Gruppen der linksradikalen unorthodox-marxistischen bzw. anarchistischen Bewegungen. Im Allgemeinen verfolgen sie antiautoritäre, sozialrevolutionäre und dem Anarchismus nahestehende Ideale.*

*In Deutschland bildete neben den Hausbesetzungen und der Anti-AKW Bewegung der Antifaschismus seit Mitte der 80er Jahre einen wichtigen Teilbereich der autonomen Bewegung. Die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (kurz AA/BO) beispielsweise war ein Zusammenschluss von antifaschistischen Gruppen, die zumeist aus der Autonomen-Bewegung kamen. Zu ihren Mitgliedsgruppen, gehörten u.a. die Antifaschistische Aktion Berlin, die Antifaschistische Aktion Hannover und die Autonome Antifa (M) aus Göttingen. Anfang der 2000er Jahre kam die Autonomenbewegung jedoch zunehmend an ihre eigenen Grenzen. Wer einen eher humoristischen Artikel über ihre letzten Treffen lesen möchte, sei hiermit beraten:  
<https://jungle.world/artikel/2001/17/goettingen-sehen-und-sterben> .*

### Die postautonome Linke:

*In den folgenden Jahren kam es zu Treffen verschiedener Gruppen, die sich der Kritik an den autonomen Gruppen annehmen wollten, und sich entlang neuer Konzepte organisierten. So entstanden etwa die Interventionistische Linke und das Bündnis Um's Ganze. Die IL – mit der wir uns hier exemplarisch beschäftigen – sollte eine auf Ortsgruppen basierende Organisation sein, die jenseits der eigenen radikalen Blase Menschen ansprechen kann, ihnen zu Ungehorsams- und Militanzerfahrungen verhelfen kann, die miteinander Strategien aushandelt und dabei die revolutionäre Subjektwerdung weiter vorantreibt. Ihr Anbeginn liegt in gemeinsam organisierten Protesten gegen den G8-Gipfel 2007.*

*In einem Reader, mit dem Namen „Die IL läuft Gefahr Geschichte geworden zu sein“ veröffentlichten im Sommer 2022 Menschen die ehemals Teil der Interventionistischen Linken waren – oder aber nach wie vor sind – Texte zum Zustand der IL. Der nachfolgende Text stammt aus diesem Reader:*

---

<sup>1</sup> Agitation ist in etwa der Vorgang, bei dem versucht wird jemanden für die eigenen politische Sache zu gewinnen.

## Kind der Antiglobalisierungsbewegung – Mein Weg in die Interventionistische Linke

Von Thomas

Für mich war der Protest gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 ein zentraler Politisierungspunkt, der mich über ein paar Umwege, die sich aus heutiger Sicht nicht vermeiden ließen und wichtig waren, zur iL geführt hat. Die iL war damals stark präsent in den Protesten und stand für mich für folgende Dinge:

- Sie war allgemeinpolitisch und keine Themengruppe. Es ging ihr ums Ganze.
- Sie war eine große und starke Organisation, die eine Gemeinschaft repräsentierte und mir damit das Gefühl gab, dass meine Politik/meine Einstellungen eine ganz andere Bedeutung bekommt, wenn ich mich in solch einen Zusammenhang stelle. Man fühlte sich wirkmächtig.
- Sie war antikapitalistisch und gesellschaftlich.
- Sie verfolgte ihre Politik mit Ernsthaftigkeit und revolutionärem Anspruch.
- Und sie war strategiefähig, sie hatte einen Plan, was nach meinem Eindruck damals in vielen subkulturell-politischen Gruppen fehlte.

Für mich kulminierte dieses Bild, was die iL für mich verkörperte, in dem Schwarzen Block auf der Demo in Rostock und BlockG8, sowie den Verlautbarungen vor dem Gipfel. Die zweite wichtige Phase der iL und für mich begann 2014 mit der Veröffentlichung des Zwischenstandspapier (kurz: ZSP). Retrospektiv würde ich festhalten, dass ab diesem Zeitpunkt, die iL begann auf der Stelle zu treten oder subjektiv formuliert, ich zunehmend Widerspruch zur Politik der iL entwickelte. Ob der Prozess zum Schreiben des ZSP nun ausschlaggebend war oder nur Symptom oder die Regression unausweichlich war, möchte ich nicht erörtern. Für hier sei nur gesagt, dass ab diesem Zeitpunkt Strukturfragen, Formalismus und Bürokratie immer mehr in den Vordergrund rutschen und damit die politische Bestimmung in den Hintergrund. Exemplarisch lässt sich dies an vier Punkten festhalten:

1. 2015 fanden wir keine Worte, gelang uns keine politische Reflexion darüber was der Kniefall von Syrija vor der EU und damit das Ende des Bewegungszyklus der Plätze in Europa für uns eigentlich bedeutete. Hinzu kam das selbstverschuldete Scheitern des vielversprechendsten europäischen Organisationsansatzes für eine radikal linke Strömung »Commune of Europe«.

2. Auch im »Summer of Migration« stürzte sich die iL in die »Willkommenskultur« ohne eine linksradikale Praxis darüber hinaus zu entwickeln. Auch hier blieb eine weitgehende politische Reflexion, auch auf die Zukunft gerichtet, aus.

3. Nach dem G20-Gipfel zeigte sich in den Auswertungsdiskussionen eine Massenfeindlichkeit, ja eine

schon fast ressentimentgeladene Ablehnung gegen die stattgefundenen Riots, statt Lust und Wille, diese zu verstehen. Doch auch schon während des Gipfels waren wir von Konservatismus geprägt und waren nicht in der Lage, die G20 im Jahr 2017 und die Dynamik in der Stadt auf der Höhe der Zeit zu analysieren. Stattdessen wiederholten wir Block G8.

4. Zudem entwickelte sich eine allgemeine Tendenz, radikale Realforderungen aufzustellen und diese in »den Diskurs« einzuspeisen, womit Hegemonie auf Meinung reduziert und gleichzeitig eine maximal bürgerliche Meinungskundgebung blieb. Denn gleichzeitig wurde radikale Praxis immer irrelevanter. All das, was ich am Anfang in der iL gesehen habe, sehe ich nur noch bedingt.

### Drei Thesen zum Schluss:

#### 1. Affirmation und Negation

Wir wollten gesellschaftliche radikale Linke sein. Wir haben also den politischen Widerspruch in der radikalen Linken, ob man sich außerhalb der Gesellschaft stellt oder innerhalb der Gesellschaft um Verbesserungen kämpft, nicht aufgelöst sondern angenommen. Heute sind wir nur noch gesellschaftlich und anerkannter Akteur und damit affirmativ gegenüber dem Status Quo geworden, weil wir irgendwann aufgehört haben uns zu fragen, was unter sich verändernden Bedingungen eigentlich das spezifisch Linksradikale ist. Wir sind aus dem Widerspruch ausgestiegen.

#### 2. Organisation

Strukturfragen und Formalismus sind immer mehr in den Vordergrund gerutscht und damit die politische Bestimmung in den Hintergrund. Die iL-Strukturen blockieren die Phantasie und Kreativität, wirklich über Organisationsformen neuen Typs, jenseits von Autonomie und Marxismus-Leninismus, nachzudenken. Doch in dieser Blockade liegt faktisch eine Entscheidung: Es gibt einen (unausgesprochenen) Konsens in der Strategie und damit auch in der Organisationsfrage. Ich würde konstatieren, dass es einen Konsens für eine radikal-sozialdemokratische/sozialistische Strategie gibt. Was meine ich mit radikal-sozialdemokratischer Strategie? Die Vermassung linksradikaler Politik. Allerdings bedeutet die Vermassung notwendigerweise eine Abschwächung der inhaltlichen Positionen, Begradigung, Schließung, Vereindeutigung, Programmatik und Überschaubarkeit, sowohl nach Innen als auch nach Außen. Ich finde, dass all diese Punkte für sich selber sprechen. Sie stehen nicht für das Neue, das ganze Andere, das Heterogene, Vielfältige, nicht für »jeder nach seinen Bedürfnissen«, Freiheit und Grenzenlosigkeit und Gleichheit.

#### 3. Subjektivismus

Effektiv setzt sich eine Position durch, deren Maßstab für Politik in der ersten Person in der eigenen gesellschaftlich nicht vermittelten Subjektivität, im eige-

nen »schlechten« Subjektivismus besteht. Das aber ist Identitätspolitik (Ich bin Ich) und nicht Politik der 1. Person (Ich bin Ich nur durch den Anderen). Resultat dieser Politik ist Moral: Es wird das Gute, was selbstverständlich durch einen selbst definiert wird, in der Übereinstimmung und Harmonie gesucht, das Unvollkommene mit Ecken und Kanten aber ausgeblendet. Ein zweiter Aspekt darin ist, dass dieser Moralismus für mich gegen Selbstbefreiung steht, weil er den Schwerpunkt auf die Optimierung des Verhaltens im Hier und Jetzt legt. Für mich hingegen ist Selbst-

befreiung eine materialistische gesellschaftliche Praxis und keine selbstreflexive moralische Introspektion. Selbstbefreiung besteht aus körperlicher sozialer Praxis, in der Konflikt und Auseinandersetzung entsteht. In dieser Auseinandersetzung entstehen Momente, in der Ungleichheit und Schranken unserer Subjektivität sichtbar werden, damit aber eben auch bearbeitbar werden, und – viel schöner – auch Momente schaffen, in denen Gleichheit erfahrbar wird, sich herstellt. Das Sein bestimmt das Bewusstsein.

### 3. „Rote Gruppen“, die Partei Neuen Typs und Basisorganisation:

#### Wir lesen:

- „Weder antiautoritär noch leninistisch“
- Aus dem Programm des „Bunds der Kommunist:innen“
- *Weiterführend für noch Interessiertere:*
  - Was tun in Zeiten der Schwäche?: <https://communaut.org/de/was-tun-zeiten-der-schwaech>
  - Der neue Poststalinismus in Deutschland, Podcast von „Der Rote Faden“: <https://open.spotify.com/episode/7nTyGnj5jJmeNE5V9IcvKO?si=1Aupd8M-TteXgujpehoimw>

#### „Weder antiautoritär noch leninistisch“ (ak-Artikel von Emanuel Kapfinger)

Seit einigen Jahren gibt es eine Revitalisierung der Forderung nach einer neuen kommunistischen Partei. Dieser Neoleninismus geht oft einher mit einer »materialistischen« Kritik der Identitätspolitik: Die Identitätspolitik blende mit ihrem Fokus auf individuelle Probleme den Klassenantagonismus aus und leiste durch ihr Bündnis mit der neoliberalen Ideologie dem Klassenkampf von oben Vorschub. Man könne Identitätsfragen nicht auf eine Ebene mit den »wirklichen« Problemen stellen. Hier reicht der von Sahra Wagenknecht entwickelte Diskurs, auch wenn man sich sonst von ihm abgrenzt, bis in die radikale Linke hinein.

Nach und nach haben sich verschiedene Projekte zu neoleninistischen weiterentwickelt, wie Aurora in Frankfurt a.M. oder das Lower Class Mag, oder in ihnen neoleninistische Fraktionen gebildet, wie in der translib in Leipzig. Teilweise wurden auch neue Projekte gegründet, wie der Bund der Kommunist:innen (BdK) in Berlin. Augenfällig ist, dass viele dieser Gruppen selbst aus dem antiautoritären Milieu und in Auseinandersetzung mit dessen Problemen entstanden sind.

Über organisierte Projekte hinaus ist in Teilen der Szene (zum Beispiel in Freiburg, Bremen, Leipzig) auch ein verändertes kulturelles Klima spürbar: Der Ton wird entschlossener, der Umgang instrumenteller, der Habitus disziplinierter. Man bricht mit dem linksradikalen Hedonismus, nimmt keine Drogen mehr, posiert mit wehenden roten Fahnen auf der Demo, inszeniert eine zupackende Männlichkeit und einen antihedonistischen, »proletarischen« Lifestyle, der wohl auch eine kulturelle Reaktion auf die »Lifestyle-Linke« darstellt.

#### Klassenbewusste Kommunist\*innen

Der Neoleninismus wirft der linksradikalen Szene vor, den Kontakt mit dem Proletariat verloren und mit der tief verinnerlichten Organisationskepsis nichts erreicht zu haben. Anders als sie arbeiten die neoleninistischen Gruppen an einer Organisation der Basis, derzeit meist in den Stadtteilen.

Denn für die Arbeiter\*innenklasse sei es, aufgrund ihrer prekären Lebenslage, schwierig bis unmöglich, spontan zu kommunistischen Standpunkten und einer kämpferischen Organisation zu finden. Es brauche dafür klassenbewusste Kommunist\*innen, eine Avantgarde. Dem programmatischen Text »Was tun in Zeiten der

Schwäche« auf dem Blog Communaut zufolge hätte man bei den Bewegungen der letzten Jahrzehnte wie etwa den Gelbwesten gesehen, wie begrenzt spontane Aufstände des Proletariats seien: Es gebe dann zwar einen kurzen Aufbruch, schnell aber würden reformistische Propagandist\*innen tonangebend, die Bewegung falle auf faule Kompromissangebote der Herrschenden herein und verfüge nicht über die organisatorische Festigkeit, um dem Repressionsapparat Paroli zu bieten.

Die Anti-Partei-Linie der antiautoritären Szene sei daher ein eklatantes Problem, denn bei den Gelbwesten etc. habe das Proletariat es nicht geschafft, eine kollektive Identität auszubilden und zu einer selbständig handelnden Kraft zu werden. Dies werde nur gelingen, wenn eine organisierte Kraft gegen die reformistischen Tendenzen kämpfe und auf solide Strukturen hinarbeite: Nur mit einer kommunistischen Partei könne eine »proletarische Hegemonie« innerhalb der Arbeiter\*innenklasse erlangt werden.

Diese Argumentation entspricht fast genau Lenins »Was tun?« von 1902. Lenin attackierte darin die sogenannten Ökonomen, die für die Spontaneität der Massen und gegen die Führung durch die Partei eintraten, und warf ihnen, die selbst Intellektuelle, keine Arbeiter\*innen waren, eine »Anbetung der Spontaneität« vor. Von selbst fänden die Arbeiter\*innen aber nur zum Kampf für Reformen, nicht zu einem revolutionären Klassenbewusstsein:

»Die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung führt eben zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie«, so Lenin. Es brauche daher eine festgefügte politische Organisation mit der richtigen marxistischen Theorie, eine »zentralisierte Kampforganisation«, die die »sozialdemokratische« (heute: kommunistische) Politik konsequent durchführt.

Das Proletariat soll zwar zu einer autonomen Kraft werden und ein echtes »proletarisches« Klassenbewusstsein ausbilden. Das gelinge aber nur, wenn die Partei die Führung des Proletariats übernimmt. Es gehe nur, wenn seine Autonomie außer Kraft gesetzt wird. Nach erfolgreicher Oktoberrevolution ist das die Diktatur des Proletariats, also eine Diktatur über das Proletariat mit der Fassade seiner Autonomie.

Der, diese Gedanken aufgreifende, Neoleninismus reagiert auf die (echte) Schwäche der radikalen Linken und versucht, einen Ausweg zu zeigen. Allerdings hatte das bereits die Organisations- und Strategiedebatte der vorangegangenen Jahre versucht. Begleitet von Strategiepapieren wie den elf Thesen »Für eine grundlegende Neuausrichtung linksradikaler Politik« (2015) und Kongressen wie dem »Selber machen«-Kongress (2017) waren etliche Basisinitiativen wie Wilhelmsburg Solidarisch und Organisationsprozesse wie der »Kongress der Kommunen« gegründet worden. Insgesamt kam es zu einem Bruch mit der subkulturellen Szene und einem deutlichen Richtungsschwenk der antiautoritären Bewegung.

Diese Organisationsdebatte muss man mittlerweile als gescheitert betrachten, denn die meisten Prozesse haben sich zerstritten oder sind einfach verlaufen. Ohne revolutionäre Organisation im Hintergrund mussten die Basisinitiativen, sofern sie den Absprung aus der subkulturellen Szene überhaupt geschafft haben, in Sozialarbeit und Handwerkelei oder sogar in kollektive Egoismen (wie die Solidarisch-Gruppen) verfallen.

### **Überschwängliche Selbstüberschätzung**

Ähnliches geschah 1968 während des Zerfalls der antiautoritären Bewegung, weshalb ein Blick zurück lohnt. Einer ihrer Sprecher und Theorieköpfe, Hans-Jürgen Krahl, stemmte sich damals vehement gegen diesen Zerfall und kritisierte die daraus resultierende proletarische Wende scharf. Wie er in der »Dialektik des antiautoritären Bewusstseins« schrieb, hatten sich in der Bewegung, nachdem ihr Scheitern offenkundig war, erhebliche Frustgefühle ausgebreitet. Das Scheitern und den Frust hätte man diskutieren und daraus politische Konsequenzen für die Zukunft ziehen müssen. Krahl forderte die Erkenntnis, dass eine partikulare, vorwiegend studentische Randgruppe das System nicht stürzen könne. Jedoch war die Bewegung zu solchen Schlussfolgerungen nicht in der Lage, weil sie eine ganz überschwängliche Einschätzung ihrer eigenen Aktion hatte: nämlich dass 1968 mehr oder weniger direkt zu einer universalen Emanzipation führen würde.

Stattdessen zerfiel die antiautoritäre Bewegung in sektiererische Kleingruppen. Ein »Kleinkrieg aller gegen alle« brach aus, in dem alle ihre je individuellen Emanzipationsbedürfnisse absolut setzten und gegen die der anderen durchzusetzen versuchten. Schließlich konnte man nicht mal mehr miteinander sprechen.

Freiraumideologie, Theoriefeindlichkeit, Aktionsfetischismus machten sich breit. Krahl sah das Totalitätsbewusstsein der Bewegung schwinden, stattdessen sollte eine Utopie unmittelbar im Hier und Jetzt realisiert werden.

Die Bewegung trieb sich damit umso mehr in ihr eigenes Scheitern hinein, das nicht sein durfte, weil die universale Emanzipation unbedingt gelingen musste. Um sich nicht mit der eigenen Schuld am Scheitern auseinandersetzen zu müssen, suchte die Bewegung nach einem Weg, die Unterdrückung nun endlich effektiv und endgültig zu bekämpfen. Ihre Antwort war: hin zum Proletariat und Organisationsaufbau.

Das war allerdings noch nicht die proletarische Wende selbst, also die explizite »Liquidation der antiautoritären Phase«. Der SDS, in dessen Vorstand Krahl war, reagierte zunächst mit einer Organisations- und Strategiedebatte. Genau wie die Kritik der Identitätspolitik der vergangenen Jahre kritisierte diese Debatte die verabsolutierten Emanzipationsegoisten und die Randgruppentheorie und forderte, die Arbeiter\*innenklasse zu berücksichtigen. Es folgten wie heute Ansätze von Basisarbeit in den Betrieben, also die berüchtigte revolutionäre Betriebsarbeit der Post-68er.

Dabei verstrickte sich der SDS allerdings, so Krahls Analyse damals, in eine »verschwiegene Orthodoxie«. Die Kritik des SDS an den Problemen der antiautoritären Bewegung führte also nicht dazu, dass man sich wirklich mit diesen auseinandersetzte, sondern ihr einfach den bolschewistischen Klassenkampf hinzufügte. Der ist jedoch blind gegenüber der antiautoritären Emanzipation. Dieses »objektive Dilemma« manifestierte sich in einer Wiederholung der Bewegungserfahrung, denn die Basisinitiativen verfielen in sektiererische »Handwerkelei« und verabsolutierten ihre jeweiligen Praktiken zum Nonplusultra.

Trotz der neuen, an der Oktoberrevolution orientierten Strategie führte diese »Neuausrichtung« der antiautoritären Bewegung zum gleichen Ergebnis. Die proletarische Wende löste das Dilemma schließlich mit der »Liquidation der antiautoritären Phase«: Sie entschied es nach der orthodoxen Seite.

### **Strategische Alternative**

Was sich um 1968 im Verlauf weniger Jahre vollzogen hat, wiederholt sich heute unter den Bedingungen der marginalisierten antiautoritären Szene innerhalb eines guten Jahrzehnts. Krahls Analyse macht dabei das Missverständnis der heutigen Debatte deutlich, nämlich dass die Neuausrichtung der radikalen Linken antiautoritär sei. Nein: Die Organisations- und Strategiedebatte der letzten Jahre war bereits eine verschwiegene Orthodoxie, sie hatte schon neoleninistisch auf die antiautoritäre Szene reagiert, der Neoleninismus vollzieht diese Wende jetzt nur mehr explizit.

Beispielsweise wiederholt das in der Debatte etablierte Konzept der Initiativkräfte unausgesprochen Lenins Avantgarde, denn die »antiautoritären« Initiativkräfte gründen eine Basisgruppe, um das Proletariat zu organisieren und zu revolutionären Positionen zu bringen.

Die strategische Alternative, die Krahl entwickelte, lässt sich formelhaft wie folgt ausdrücken: Weder antiautoritär noch leninistisch und dennoch an die Einsichten beider Lager anknüpfend. Krahls Alternative fordert keinen unbedingten, sofortigen Schluss mit dem jeweils anderen Lager, sondern versucht, die Notwendigkeit dieser linksradikalen Ideologien, aber auch ihren emanzipatorischen Sinn, bewusst zu reflektieren. Daher versucht sie auch nicht, den Widerspruch per Dekret abzuschaffen, sondern produktiv zu machen, indem sie ihn organisiert und in der bewussten Organisation der antiautoritären Emanzipationsprinzipien und des politischen Realitätsprinzips die Aufhebung des beiden zugrundeliegenden kleinbürgerlichen Bewusstseins so antizipiert, dass dieses in der Organisation und durch ihren Kampf einmal völlig überwunden werden könnte.

So in etwa sähe die Organisationsdebatte aus, die wir heute führen müssen. Lasst uns den Organisations-Leninismus nicht ein zweites Mal als Farce wiederholen. Dutzende neue K-Gruppen-Parteisplitter mit ihren autoritativen Hierarchien und maskulinen Führungskadern braucht wirklich niemand.

Quelle: 16. August 2022 | Thema in ak 684: Krise & Organisation

### **Eigenperspektive / Selbstverständnis einer „roten Gruppe“:**

*Gegründet aus der Berliner Gruppe Ella Trebe, der Kiezkommune Wedding und den Stadtteilkomitees Neukölln und Lichtenberg ist in Berlin der Bund der Kommunist:innen (BdK) entstanden. Laut Selbstbezeichnung sind sie eine „kommunistische Organisation, gegründet in der Einsicht in die Notwendigkeit einer schlagkräftigen, proletarischen Organisation in Deutschland“, die sich „zum Ziel gesetzt hat, eine wirkungsvolle, auf einem klaren Programm und Statut aufbauende Organisation von Militanten zu sein“.*

*Sie bauen dabei auf ihre eigene seit mehreren Jahren geführte Basisarbeit in den sogenannten Kiezkommunen auf. Hier wurde (in aller Kürze) auf revolutionäre Stadtteilarbeit gesetzt, das heißt, direkte gegenseitige Hilfe geleistet und versucht offene Anlaufstelle für Menschen aus dem Kiez zu sein, mit der gleichzeitigen Perspektive diese Menschen langfristig revolutionär zu organisieren. Wer darüber mehr lesen möchte, findet hier die Beschreibung ihrer Arbeit und ihre Auflösung im BdK: <https://kiezkommune.noblogs.org/post/2022/06/27/ein-abschied-und-ein-neuanfang-zur-organisierung-der-kiezkommune-wedding-und-der-gruppe-ella-trebe-mit-dem-bund-der-kommunistinnen/>*

*Der nachfolgende Text ist ein Ausschnitt (Programmpunkt 11 & 12) aus dem Programm des Bunds der Kommunist:innen:*

## **Aus dem aktuellen Programm des Bunds der Kommunist:innen:**

### **11. Proletarische Gegenmacht**

*„Keine revolutionäre Bewegung, die um die Macht kämpft, kann dem Zusammenstoß begegnen, ohne in der Lage zu sein, zwei grundsätzliche Bedingungen zu schaffen:*

- 1. sich mit der Macht auf allen Ebenen zu messen und zu zeigen, dass man in der Lage ist, bei diesem Niveau der Auseinandersetzungen zu überleben;*
- 2. in den Fabriken und proletarischen Stadtteilen eine Gegenmacht entstehen zu lassen“ – Brigade Rosse*

Die Frage, wie von der Gegenwart zum Kommunismus zu kommen ist, ist die zentrale Frage politischer Strategie. Sie kann weder dadurch gelöst werden, dass man auf schrittweise „Transformation“ durch Reformen hofft, noch dass man einen quasi militärischen Putsch samt Machtübernahme anstrebt.

Die Voraussetzung der Überwindung des Kapitalismus ist die organisierte, politisierte Masse, die über die Konjunkturen spontaner Proteste hinweg einem Ziel entgegengeht. Die politische Aufgabe zur Förderung dieses Prozess- es ist die Herstellung und Verteidigung proletarischer Gegenmacht. In allen gesellschaftlichen Bereichen – Betriebe, Stadtteile, im kulturellen und Bildungsbereich – sind Institutionen und Netzwerke zu schaffen, in denen sich die Gesellschaft zusammenschließt und ihre Interessen durchsetzt. In der Arbeiterbewegung trugen diese Institutionen den Namen Räte / Sowjets oder Kommunen. Sie sind Kampforganisationen sowie Keimformen einer künftigen Demokratie.

Ihr Aufbau begleitet stets das Risiko einer Vereinnahmung oder, bei einer tatsächlichen Gefahr für die Herrschenden, angegriffen und unterdrückt zu werden. Deshalb müssen die zu schaffenden Institutionen zugleich die alltägliche Selbstorganisation ihrer Mitglieder, die gegenseitige Solidarität und Hilfe stärken, als auch ein Ort der Politisierung und ideologischen Bildung sein. Nur so können neue Beziehungen ermöglicht und das

Netz aus Gegenmachtinstitutionen vor einem Rückfall in Vereinzelung geschützt und langfristig verteidigt werden.

## **12. Militanter Kern und Massenorganisation**

*„Die Rolle einer Vorkämpferin des Proletariats kann nur eine Partei erfüllen, die von einer fortgeschrittenen Theorie geleitet wird.“ – Lenin*

Eine revolutionäre politische Bewegung besteht nie aus nur einer Gruppe oder Partei. Nicht die Partei macht die Revolution, sondern das organisierte Volk als politische Einheit aller Ausgebeuteten und Unterdrückten. Zugleich aber bedurfte es in allen Revolutionen organisatorischer Zusammenhänge von Revolutionär:innen, die den politischen Prozess vorantrieben und ihm eine Richtung gaben. Der Unterschied von spontaner Revolte und zielgerichtetem revolutionären Prozess liegt hier. Die Avantgarde-Rolle, die eine Organisation dabei einnimmt, kann nie auf dem Papier deklariert werden, sie ergibt sich aus ihrer Praxis.

Unterschiedlichen Wünschen an Partizipation entsprechend muss es Massenorganisationen geben, in die man sich gelegentlich einbringen kann, zugleich aber auch den Zusammenschluss von Militanten, die im politischen Kampf den Hauptinhalt ihres Lebens sehen. „Militanz“ hat dabei nicht in erster Linie mit Gewalt zu tun, sondern benennt die Haltung, persönliche individuelle Interessen und Befindlichkeiten dem Kollektiv und seinem Zweck unterzuordnen.

Dieses dem Zweck der Revolution untergeordnete Kollektiv trug historisch den Namen der „Partei neuen Typs“. Ihre Aufgabe ist sowohl die Initiierung der gesellschaftlichen Selbstermächtigung, als auch die ständige Persönlichkeitsentwicklung ihrer Kader. Denn die Veränderung der Zustände ist nur möglich, wenn sie mit einer Selbstveränderung im Hier und Jetzt einhergeht.

*Quelle: <https://kommunist-innen.org/programm>*

### **Diskussionsfragen:**

1. Verständnisfragen klären
2. Welche unterschiedlichen Organisationsverständnisse werden deutlich? Auf welche Revolutions- und Transformationsverständnisse bauen die unterschiedlichen Gruppen? Welche Rolle haben die organisierten Kommunist:innen gegenüber den nicht-organisierten Massen.
3. Wo sehen wir Potenziale und Grenzen in den unterschiedlichen Organisationsweisen?